

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Elke Maria Schmidt

Produzieren in Niedersachsen und
Baden-Württemberg

24. Jg./1991

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Produzieren in Niedersachsen und Baden-Württemberg

Konzeption und Ergebnisse aus der Pilotstudie zum Firmenpanel

Elke Maria Schmidt, Hannover*

Vom Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung der Universität Hannover und dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen¹ wurde ein Konzept für ein niedersächsisch/baden-württembergisches Firmenpanel entwickelt. Dieses Konzept wurde in einer Pilotstudie anhand der Befragung von 103 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes getestet. Ergebnis der Piloterhebung ist einerseits, daß die Betriebe generell zur Teilnahme an der geplanten Panelerhebung bereit sind und daß hier mit einer sehr guten Datenqualität gerechnet werden kann. Andererseits sind der bisher angewandte Fragebogen und das Erhebungsverfahren, ein Mix aus persönlichem Interview und schriftlicher Befragung, noch nicht optimal im Hinblick auf eine möglichst hohe Ausschöpfung. Aus diesen Gründen wurde ein neues Konzept entwickelt, das in einem weiteren Testlauf überprüft werden soll.

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Anlage und Durchführung der Pilotstudie zum Firmenpanel
- 3 Meta-Auswertung der Pilotstudie
 - 3.1 Teilnahmebereitschaft der Betriebe
 - 3.2 Datenqualität
- 4 Inhaltliche Auswertung der Pilotstudie – Beispiele
 - 4.1 Fehlzeiten
 - 4.2 Innovationen und Exporte
- 5 Konsequenzen

Literatur

I Einleitung

Prozesse des strukturellen und technologischen Wandels stehen seit einiger Zeit im Mittelpunkt des Interesses von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Von großem Interesse sind u. a. Auswirkungen auf Umfang und Struktur der Beschäftigung. Die Untersuchung von Beschäftigtenstrukturen und ihrer Entwicklung sowie die von Arbeitsmarktprozessen allgemein profitierte dabei in den letzten Jahren von einem guten Angebot an Individualdatensätzen, insbesondere vom Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), einer Längsschnitterhebung auf Haushalts- und Personenebene, die seit 1984 jährlich durchgeführt wird (vgl. Hanefeld 1987). Entsprechend dem Konzept einer Panel- bzw. Längsschnitterhebung werden im SOEP die Haushalte und Personen der Ausgangsstichprobe regelmäßig wiederholt befragt. So wurde es möglich, auf der Arbeitsangebotsseite die Determinanten von Änderungen und Entwicklungen detailliert zu bestimmen und die Wirkungen verschiedener Effekte voneinander zu unterscheiden. Dies sei im folgenden am Thema Frauenerwerbsbeteiligung erläutert.

Betrachten wir z. B. die in den letzten Jahren gestiegene Erwerbsquote der Frauen. Angenommen, das Durchschnittsalter der erwerbstätigen Frauen hat sich gleichzeitig verändert, die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hat stark zugenommen, die Einkommenssteuergesetzgebung ist reformiert worden und die Einstellungen in der Gesellschaft zur Berufstätigkeit von Frauen haben sich geändert. Welche dieser demographischen, konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen ist nun ausschlaggebend für die höhere Frauenerwerbsquote? Mit dem Vergleich von Querschnittsdaten, erhoben zu Beginn und am Ende des Beobachtungszeitraums, ist diese Frage nicht zu klären. Aus Querschnittsdaten ist nämlich nicht ersichtlich, ob Frauen im Beobachtungszeitraum erwerbstätig geworden sind, weil sich ihre Verdienstmöglichkeiten verbessert haben, oder weil sie heute der Berufstätigkeit an sich mehr Wert zumessen als früher. Um solche Informationen über individuelle Reaktionen, Einstellungsänderungen und sich daraus ergebende Verhaltensänderungen zu erhalten, müssen ein und dieselben Personen über einen Zeitraum beobachtet werden, d. h. es müssen Längsschnitte erhoben werden.

Je umfangreicher anhand der Daten des SOEP das Wissen über die Marktseite der Arbeitsanbieter wurde, desto schmerzlicher machte sich das Fehlen vergleichbarer Informationen auf Seiten der Betriebe, der Arbeitsnachfrager, bemerkbar. Hier mangelt es nicht nur an Längsschnittdaten, sondern an Querschnitten auf der Mikroebene der Betriebe überhaupt. Die amtlichen Totalerhebungen im Verarbeitenden Gewerbe und einigen Dienstleistungssektoren sind thematisch eng begrenzt, und die Daten werden auch nur in aggregierter Form auf der Ebene von Wirtschaftsklassen zur Verfügung gestellt. Auch die auf freiwilliger Teilnahme basierenden Befragungen von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituten, an erster Stelle sind hier die Umfragen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zu nennen (vgl. Oppenländer/Poser 1989), decken oft nur sehr spezifische Fragestellungen ab oder sie beschränken sich auf wenige Branchen, eng definierte Regionen und mitunter sogar nur auf einzelne Unternehmen (so etwa Diekmann/Preisendörfer 1988 und Köhler/Preisendörfer 1988). Bei dieser Datenlage stellt sich der gegenwärtige Stand der empirischen Arbeitsmarktforschung in der Bundesrepublik so dar: Mit Industriedaten wurden neoklassische Arbeitsnachfragefunktionen für Unternehmen geschätzt und die Dauer der Beschäftigungsanpassung in Unternehmen an veränderte Gütermarktbe-

* Diplom-Ökonomin Elke Maria Schmidt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung der Universität Hannover. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autorin.

¹ An diesem Projekt arbeiten mit: Jörg Breitung, Knut Gerlach, Olaf Hübler, Wilhelm Lorenz, Elke M. Schmidt, Gesine Stephan und Joachim Wagner vom Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung sowie Uwe Hochmuth und Günther Klee vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung.

dingungen untersucht. Mit Individualdaten wurden die Hypothesen der neueren arbeitsökonomischen Ansätze, der Segmentations- und Effizienzlohntheorien, über den innerbetrieblichen Zusammenhang zwischen Beschäftigung, Beschäftigtenstruktur und Arbeitseinsatz auf der einen Seite und Arbeitskosten, Entlohnungssystemen und Arbeitsbedingungen auf der anderen Seite getestet. Mit den nach Betriebsnummern aggregierten Individualdaten der Beschäftigtenstatistik wurde die Dynamik der Arbeitsplatzentwicklung nach Betriebsgröße und -alter untersucht (Boeri/Cramer 1991).

Der eklatante Mangel an Betriebsdaten wurde auch bei der Arbeit auf den Gebieten internationale Wirtschaftsbeziehungen und industrieller Wandel deutlich. Es reicht nicht aus, die Bestimmungsgründe von z. B. Exportquoten oder Innovationen mit Industriedaten zu analysieren. Denn auch die Beobachtungen auf einer sehr tief disaggregierten Industrieebene basieren auf den Handlungen einer Vielzahl von Firmen, die sich hinsichtlich ihrer Produktions-, Kosten- und Absatzbedingungen, ihrer Organisations- und Entscheidungsstrukturen und ihrer Umsatz- und Gewinnentwicklung unterscheiden. Gerade diese Heterogenität ist es aber, die es zu beobachten und zu erklären gilt, wenn wirtschaftliche Strukturen und Prozesse analysiert werden sollen. Diese Heterogenität zu vernachlässigen bedeutet, auf ein ursächliches Verständnis der Wirtschaftsstruktur und ihrer Entwicklung zu verzichten. Angesichts des rapide fortschreitenden industriellen Wandels, der zunehmenden Weltmarktintegration, der Neuordnung der politischen Landschaft in Osteuropa und der wachsenden Umweltprobleme ist ein solcher Verzicht eine schlechte Alternative.

Aus diesen Gründen arbeitet seit Herbst 1988 eine Projektgruppe, die sich aus Mitarbeitern des Instituts für Quantitative Wirtschaftsforschung (IQW) der Universität Hannover und des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen zusammensetzt, an Konzeption und Aufbau eines *Firmenpanels für Niedersachsen und Baden-Württemberg*.

- das *erstens* Informationen über die wichtigsten Handlungsbereiche von Firmen liefert, so daß inner- und zwischenbetriebliche Strukturen erfaßt werden können,
- das *zweitens* eine dynamische Perspektive ermöglicht, d. h. die Beobachtung von Entwicklungen, Reaktionen und Veränderungen auf der individuellen Ebene des Betriebs und
- das *drittens* angesichts eines zukünftigen Europas der Regionen zur Aufdeckung und zum Verständnis regionaler Struktur- und Entwicklungsunterschiede beiträgt.

Der erste wichtige Schritt dieser Arbeit wurde im Frühsommer 1991 abgeschlossen, nämlich eine „kleine“ Betriebsbefragung mit dem Charakter einer *Pilotstudie zum niedersächsisch/baden-württembergischen Firmenpanel*². In den folgenden Abschnitten sind die Überlegungen und Arbeitsschritte bei der Durchführung dieser Pilotstudie aufgezeigt, und es wird über die gewonnenen Erfahrungen berichtet. Dies geschieht auch in der Absicht, anderen an einem solchen Projekt interessierten Gruppen den Einstieg zu erleichtern.

² Unter dem Titel „Produzieren in Niedersachsen und Europäischer Binnenmarkt“ wird diese Pilotstudie seit 1989 vom niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur gefördert.

2 Anlage und Durchführung der Pilotstudie zum Firmenpanel

Beim Firmenpanel soll es sich um eine Erhebung bei jeweils 1000 repräsentativ ausgewählten niedersächsischen und baden-württembergischen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes handeln, die in jährlichen Abständen wiederholt wird. Damit ein solch umfangreiches und kostspieliges Programm wirklich den in der Einleitung erhobenen Ansprüchen genügt und ein Erfolg wird, ist es u.E. unerlässlich, Schwachpunkte des Konzepts bereits im Vorfeld durch Testläufe zu ermitteln und entsprechend zu überarbeiten. Darum haben wir uns zu einer Pilotstudie entschlossen, zu einer Befragung von jeweils ca. 50 Betrieben pro Bundesland, in der Informationen über die Teilnahmebereitschaft der Firmen, Eignung des erarbeiteten Fragebogens und der Erhebungstechnik, Datenaufbereitung und Datenqualität sowie über die Kosten pro befragter Firma gewonnen werden sollten.

Geplant ist, die Hauptbefragungen und damit zusammenhängende Arbeiten wie Stichprobenziehung, Fragebogendesign und Datenerfassung als Auftrag nach außen zu vergeben. Ebenso wurde bei der Pilotstudie verfahren, um das verfolgte Ziel, nämlich Informationen über die optimale Gestaltung des Firmenpanels, über seine Kosten und seine Grenzen zu bekommen, konsequent umzusetzen. Mit der Durchführung der Pilotstudie wurde Infratest Sozialforschung in München beauftragt.

Bis zum Januar 1990 arbeitete die Projektgruppe einen Fragenkatalog für die Pilotbefragung aus. (vgl. Autorengemeinschaft 1990). In den Monaten März, April und Mai wurde dieser Katalog in einem qualitativen Pretest überprüft. Qualitativ bedeutet, daß die Zielpersonen in den Betrieben beurteilen sollten, ob die Fragen beantwortbar sind und wenn ja, mit welchem Aufwand. IQW- und Infratest-Mitarbeiter befragten dazu Geschäftsführer und Leitende Angestellte in achtzehn Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Die Interviewpartner wurden gebeten, jeder Frage einen von acht vorgegebenen Codes zur Beantwortbarkeit zuzuordnen. Darüber hinaus wurden sie um ihre Einschätzung einer solchen Befragung gebeten sowie um Hinweise, wie die Betriebe zur Teilnahme an der Befragung motiviert werden könnten und wer die geeigneten Zielpersonen in den Betrieben wären. Dieser Pretest ist ausführlich in dem Arbeitspapier „Dokumentation des Pretests zur Pilotstudie: Produzieren in Niedersachsen“ (Schmidt 1990) dokumentiert.

Auf Grundlage der Pretest-Ergebnisse wurde der Fragebogen gemeinsam von IQW, IAW und Infratest überarbeitet. Er wurde als Selbstausfüllbogen konzipiert sowie inhaltlich und optisch in folgende drei Teile gesplittet (der Fragebogen ist abgedruckt als Anhang zu Wagner 1990):

A: Unternehmensstruktur, Produktion, Marketing B: Betriebswirtschaftliche Rahmendaten C: Personal

Die Feldphase der Pilotstudie währte in beiden Bundesländern, Niedersachsen und Baden-Württemberg, vom 31. 10. 1990 bis 31. 1. 1991.

Die Grundgesamtheit der Untersuchung umfaßt Betriebe mit mindestens fünf Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe, in Baden-Württemberg aufgrund spezifischer Auswertungswünsche des IAW jedoch nur die Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Kraftfahrzeugbau. Aus dem Infratest-Arbeitsstätten-Master-Sample wurde je Bun-

desland eine geschichtete Zufallsstichprobe von 206 Betrieben gezogen. Die Schichtung erfolgte nach vier Betriebsgrößenklassen im Verarbeitenden Gewerbe bzw. in drei ausgewählten Branchen³. Tabelle 1 zeigt die Verteilung der Brutto-Stichprobe nach Betriebsgrößenklassen in Niedersachsen und Baden-Württemberg.

Tabelle 1: Verteilung der Bruttostichprobe nach Betriebsgrößenklassen

Niedersachsen:				
Betriebsgrößenklasse	Brutto-Adressen im Verarbeitenden Gewerbe			
5 bis 19 Beschäftigte	52			
20 bis 49 Beschäftigte	51			
50 bis 199 Beschäftigte	53			
200 und mehr Beschäftigte	50			
Summe	206			

Baden-Württemberg:				
Betriebsgrößenklasse	Maschinenbau	Kfz-Bau	Elektrotechnik	Insgesamt
5 bis 19 Beschäftigte	25	3	14	42
20 bis 49 Beschäftigte	35	7	24	66
50 bis 199 Beschäftigte	32	5	18	55
200 und mehr Beschäftigte	23	5	15	43
Summe	115	20	71	206

Interviewer und Interviewerinnen von Infratest nahmen mit den Betrieben Kontakt auf und überbrachten nach telefonischer Voranmeldung den Fragebogen, ein Empfehlungsschreiben von Infratest sowie eine Erklärung zum Datenschutz. Den Zielpersonen im Betrieb war freigestellt, die Fragebogenteile in Anwesenheit der Interviewer auszufüllen oder sie zu einem festgelegten Termin mit der Post zurückzusenden. Der Ablauf der einzelnen Arbeitsschritte war den Interviewern explizit in einer schriftlichen Anleitung vorgegeben, in der auch Terminabsprachen und Auskünfte der Zielpersonen festgehalten wurden.

3 Meta-Auswertung der Pilotstudie

3.1 Teilnahmebereitschaft der Betriebe

Tabelle 2 zeigt, daß in Anbetracht des sehr umfangreichen Fragebogens (56 Fragen, häufig mit Unterfragen) und des damit verbundenen Beantwortungsaufwands für die Betriebe mit 31% eine respektable Antwortrate erreicht worden ist. Die von Infratest geschilderten Erfahrungen mit vergleichbaren Betriebsbefragungen hatten nur eine Ausschöpfung von ca. 25% erwarten lassen.

Tabelle 2: Ausschöpfung der Stichprobe

	Niedersachsen	Baden-Württemberg	Gesamt
Brutto-Adressen	206	206	412
- Neutrale Ausfälle ^a	37	60	97
Bereinigte Brutto-Adressen	169	146	315
Antwortverweigerungen	116	99	215
Betriebe, die den kompletten Fragebogen zurückgesandt haben	53	47	100
- in % der bereinigten Brutto-Stichprobe	31%	32%	31%
zuzüglich Quoteninterviews		3 ^b	103

^a Folgende Sachverhalte sind unter „Neutrale Ausfälle“ zu verstehen:

- Betrieb existiert nicht mehr.
- Betrieb ist unter angegebener Adresse nicht auffindbar.
- Betrieb hat weniger als fünf Beschäftigte, stellt keine Produkte her oder gehört nicht zum Verarbeitenden Gewerbe.

^b In Baden-Württemberg zeigte sich gegen Ende der Feldzeit ein Defizit im KFZ-Bau. Hier wurden dann noch weitere Betriebe über das Quotenverfahren ausgewählt und interviewt. Die Gesamtzahl der auswertbaren Interviews beträgt damit 103.

Die von Infratest vorgenommene Analyse der Teilnahmeverweigerer zeigt aber auch (vgl. Tabelle 3), daß das Erhebungsinstrumentarium noch nicht optimal gestaltet ist. Die Antwortquoten könnten noch gesteigert werden. Diese Aussage bezieht sich auf die 43% der Verweigerer bzw. die 94 Betriebe, die sich zuerst bereit erklärten, an der Befragung teilzunehmen, dann aber beim Interview oder beim Selbstausfüllen des Fragebogens ihre Meinung änderten. Für dieses Verhalten kristallisieren sich aus den Kontaktprotokollen und Erfahrungsberichten der Interviewer sowie aus den Ablehnungsschreiben der Betriebe drei Gründe heraus:

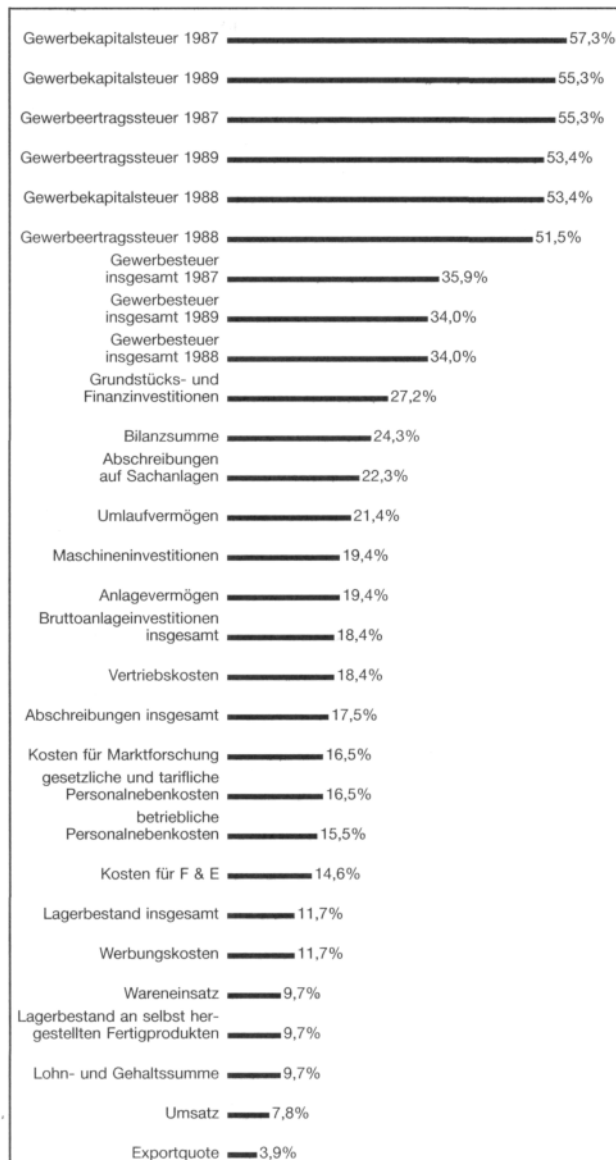
- (1) Die „Sensibilität“ der Fragen
- (2) Der Umfang des Fragenprogramms
- (3) Die Nachvollziehbarkeit des Fragenprogramms

Tabelle 3: Teilnahmeverweigerungen

	Niedersachsen	Baden-Württemberg	Gesamt
insgesamt	116	99	215
Davon:			
Verweigerungen beim Erstkontakt	79 (68%)	42 (42%)	121 (56%)
Verweigerungen beim Betriebsbesuch	6 (5%)	17 (17%)	23 (11%)
Nachträgliche Verweigerungen, d. h. der Fragebogen wurde nicht zurückgesandt	28 (24%)	33 (33%)	61 (28%)
Teilweise Verweigerungen, d. h. der Fragebogen wurde unvollständig zurückgesandt	3 (2%)	7 (7%)	10 (4%)

³ Niedersachsen: Code 2 des Statistischen Bundesamts Baden-Württemberg: Codes 242, 244, 250 des Statistischen Bundesamts.

Abbildung 1: Antwortverweigerungen bei Fragen zu betrieblichen Kennziffern



Als „sensibel“ wird insbesondere der Fragebogen Teil B „Betriebswirtschaftliche Rahmendaten“ angesehen. Die hier abgefragten Informationen zu Umsatz, Wareneinsatz, Anlage- und Umlaufvermögen, Personalkosten und sonstigen Kosten werden von vielen Betrieben als „Betriebsgeheimnisse“ betrachtet, über die nicht so ohne weiteres Auskunft gegeben wird. Daß der Erstkontakt dennoch zustande kam, liegt an der Einbettung des Teils B in die Mitte des Fragebogens. Die Betriebe stießen so erst bei Durchsicht der gesamten Unterlagen auf dies „heikle“ Thema.

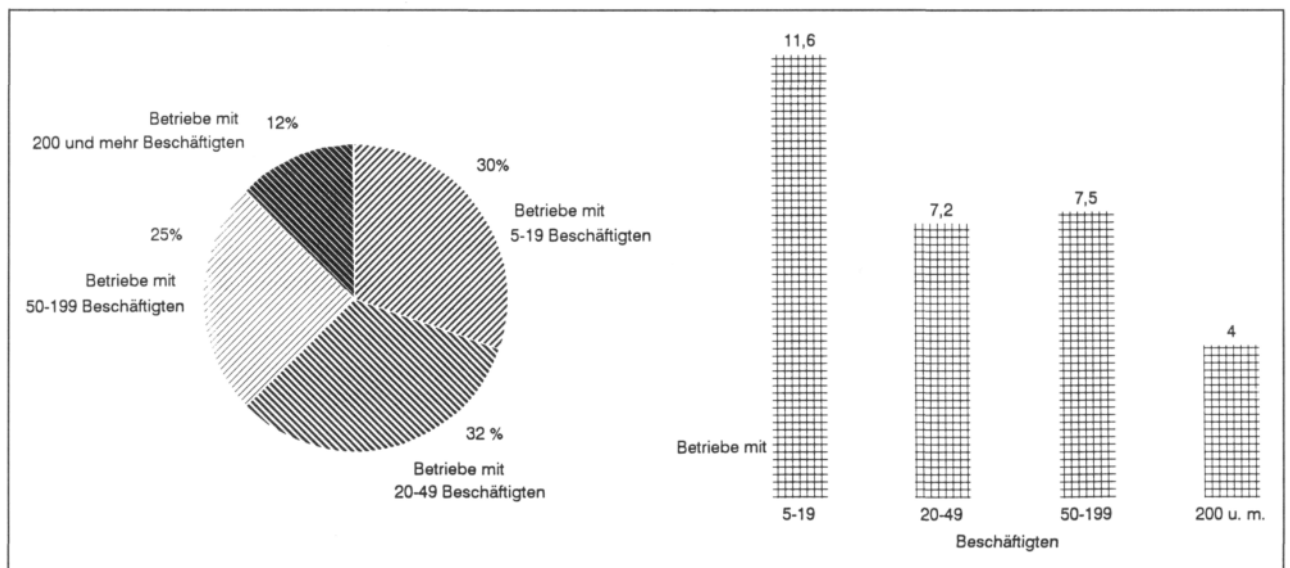
Wie heikel die hier erhobenen Informationen zur Geschäftslage der Betriebe sind, zeigen auch die in Abbildung 1 dargestellten Keine-Angaben-Anteile bei diesen Fragen in der Netto-Stichprobe. Sie übersteigen zumeist 10%, bei den Fragen zur Gewerbesteuer sogar 50%. Antworten zu allen Punkten liegen für 31 (30%) Betriebe vor, 27 (26%) Betriebe verweigerten in diesem Fragebogen mehr als zehn von 29 Antworten. Das Antwortverhalten steht dabei in inverser Beziehung zur Betriebsgröße. 62% der insgesamt gezählten Antwortverweigerungen entfallen auf Betriebe mit unter zwanzig Beschäftigten. Die mittlere Anzahl fehlender Angaben pro Betrieb beträgt 11,6 für Betriebe mit weniger als zwanzig Beschäftigten, dagegen nur vier für Betriebe mit 200 und mehr Beschäftigten (vgl. Abbildung 2). Kleinbetriebe begründeten ihre Antwortverweigerungen häufig damit, daß sie die Informationen nicht zur Hand hätten, weil die entsprechenden Unterlagen beim Steuerberater seien.

Angesichts der hohen Anteile fehlender Angaben scheint eine inhaltliche Auswertung der Daten auf den ersten Blick nicht möglich. Werden jedoch einmal nur die Angaben betrachtet, die zur Ermittlung einer Maßzahl für den Betriebserfolg nötig sind, nämlich

- Umsatz,
- Wareneinsatz,
- Abschreibungen,
- Summe der Personalkosten,

so liegen diese für immerhin 73,8% der Betriebe (75) vollständig vor.

Abbildung 2: Anteile der Betriebsgrößenklassen an der Anzahl „Keine Angaben“ / Durchschnittliche Anzahl „Keine Angaben“ in Betriebsgrößenklassen



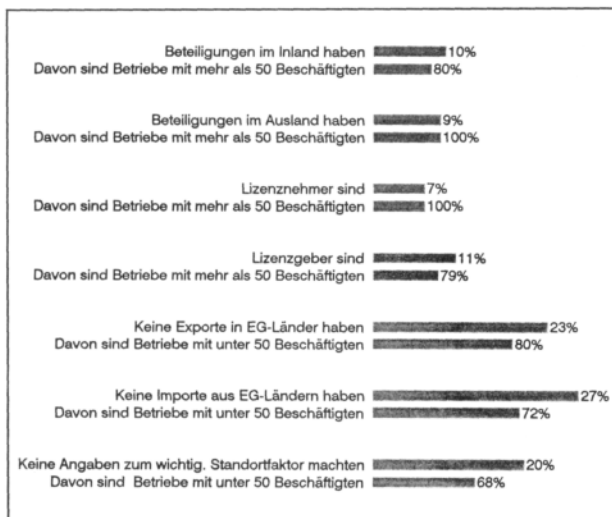
Nicht nur die Angaben zu „Betriebswirtschaftlichen Rahmendaten“, auch solche zur Personalstruktur und zu Überstunden sind nicht spontan beantwortbar, sondern erfordern Rückgriff auf Unterlagen oder Rücksprache mit Mitarbeitern entsprechender Abteilungen im Betrieb. Die zur Beantwortung des Fragebogens erforderliche Zeit, einige Interviewer berichteten von drei Stunden, wurde von vielen Betrieben anfangs geringer eingeschätzt und war dann mit ausschlaggebend, die Zusage, an der Befragung teilzunehmen, doch wieder zurückzuziehen. Dieses Zeitproblem hatte die Projektgruppe im Vorfeld der Befragung zu lösen versucht, indem der Fragebogen in drei Teile zerlegt wurde, die von verschiedenen Zielpersonen im Betrieb beantwortet werden konnten. Wenn auch so vorgegangen wurde, war die individuelle Zeitbelastung der Zielpersonen wohl erträglich, doch nur 19% der Betriebe nutzten die Möglichkeit, den Fragebogen von verschiedenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen beantworten zu lassen.

Viele Klein- und Mittelbetriebe akzeptierten die Untersuchung nicht, weil sie sich in den Fragestellungen nicht wiederfanden. Dies ist der dritte Grund, der von Klein- und Mittelbetrieben häufig bei Teilnahmeverweigerungen angeführt wurde. Die Fragen im Teil A des Fragebogens

- zu Beteiligungen im In- und Ausland,
- zu Standortfaktoren,
- zu Lizenzvergabe und -nahme sowie
- zum EG-Binnenmarkt

waren für diese Betriebe oft so irrelevant, daß sie weder erkennen konnten, welchen Nutzen die Untersuchung für sie bringt, noch welchen Nutzen ihre Teilnahme der Untersuchung bringt. Daß diese Aspekte für Klein- und Mittelbetriebe oft nicht zutreffen, bestätigt die Auswertung der Nettostichprobe in Abbildung 3.

Abbildung 3: Für Kleinbetriebe nicht zutreffende Fragestellungen



Beteiligungen im In- und Ausland haben nahezu ausschließlich Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten, ebenso sind auch Lizenznehmer und -geber erst ab dieser Betriebsgröße zu finden. Von den 21 Betrieben, die die Frage nach dem für sie wichtigsten Standortfaktor nicht beantworteten, haben vierzehn weniger als 50 Beschäftigte. Über 50% der Betriebe, für die die Fragen zur Bedeutung von EG-Im- und Exporten nicht zutreffen, sind Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten.

3.2 Datenqualität

In jüngerer Zeit wird in der Ökonometrie dem Aspekt „Fehler in den Variablen“ zunehmend Beachtung geschenkt. Immer mehr Verfahren werden entwickelt, mit diesem Problem umzugehen. Sinn dieser Bemühungen kann jedoch nicht sein, daß die Anforderungen an die Datenqualität zurückgeschraubt werden. Auch bei Anwendung ausgefeilter ökonometrischer Methoden sind konsistente und plausible Daten erforderlich, um aussagefähige Statistiken zu ermitteln. Anhand der Punkte

- Filterfragen,
- unzulässige Mehrfachnennungen,
- im Fragebogenkontext inkonsistente Angaben und
- unplausible Angaben

soll hier über die Datenqualität unserer Erhebung berichtet werden.

Filterfragen dienen dazu, den Beantwortungsaufwand für die Auskunftspersonen zu reduzieren, indem sie über nichtzutreffende Fragen hinwegführen. Wie im vorigen Abschnitt dargestellt, können jedoch viele verneinte Filterfragen die Zielperson auch demotivieren. Solch ein Gefühl tritt auch beim Datenauswerten auf, wenn Filterfragen inkonsistent beantwortet wurden und Entscheidungen darüber zu fällen sind, was zutrifft und was nicht. Unser Fragebogen enthielt insgesamt zehn Filterführungen. Inkonsistente Beantwortungen bzw. Filterfehler sind in achtzehn Fällen zu finden, neun Betriebe mit jeweils einen Fehler und acht Betriebe mit jeweils zwei Fehlern. Letztere haben durchgängig weniger als 50 Beschäftigte. Die am häufigsten nicht beachteten Filterführungen waren die Fragen „War der Betrieb eine Tochtergesellschaft oder ein Zweigwerk“ und „Galt für die Beschäftigten des Betriebs ein Lohn- oder Gehaltstarifvertrag“. Es scheint, als ob einige Betriebe, die diese Fragen verneinten, die darauf folgenden Fragen zum Sitz der Zentrale bzw. dazu, ob sie übertariflich entlohnen, einfach gern beantworten wollten.

Tabelle 4: Konsistenztests mit positivem Ergebnis

Überprüfter Sachverhalt	Anzahl positive Fälle
Betrieb existierte einmal bereits 1979, ein andermal noch nicht 1987	2
Wie oben, aber anhand anderer Variablen	2
Die Summe aus gesetzlichen/tariflichen und betrieblichen Personalnebenkosten übersteigt die Lohn- und Gehaltssumme	3
Die Abschreibungen auf Sachanlagen sind größer als die Abschreibungen insgesamt	2
Der Lagerbestand an selbst hergestellten Fertigprodukten ist größer als der Lagerbestand insgesamt	4
Die Summe aus Arbeitern und Arbeiterinnen, Angestellten und Auszubildenden weicht um mehr als 3% von der Beschäftigtenanzahl insgesamt ab	6
Die Anzahl von Facharbeitern und Facharbeiterinnen ist größer als die Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen	15
Einmal gibt es zum Befragungszeitpunkt offene Stellen, ein andermal nicht	1
Die Anzahl der von Arbeitern und Arbeiterinnen geleisteten Überstunden ist größer als die der insgesamt geleisteten Überstunden	1

Bei *unzulässigen Mehrfachnennungen* haben die Zielpersonen nicht, wie implizit oder explizit verlangt, nur eine der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ausgewählt, sondern mehrere. Auch hier ist zu entscheiden, ob die Antwort insgesamt als ungültig oder fehlerhaft gewertet wird oder ob eine der angegebenen Alternativen herausgepickt wird. Treten unzulässige Mehrfachnennungen bei manchen Fragen sehr häufig auf, kann dies allerdings darauf hinweisen, daß der entsprechende Sachverhalt einfach nicht in der erwarteten eindeutigen Art und Weise beantwortbar ist und die Vorstellungen der Fragesteller hier falsch sind. Dies scheint bei unseren Fragen zur überwiegenden Fertigungsart und zum Hauptabsatzgebiet der Fall zu sein, denn hier traten acht bzw. zwölf unzulässige Mehrfachnennungen auf.

Zur *Konsistenzprüfung* wurden neunzehn sich aus dem Fragebogen offensichtlich ergebende Tests definiert, davon sind erfreulicherweise mehr als 50% negativ ausgefallen. Eine Übersicht über die positiv ausgefallenen Tests liefert Tabelle 4.

Diese inkonsistenten Angaben finden sich bei 31 Betrieben (30% der Fälle). Fünfmal fallen dabei zwei der Konsistenztests gleichzeitig positiv aus, überwiegend wieder bei Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten (vgl. Abbildung 4). Dieses Ergebnis der Konsistenzprüfung ist mehr als zufriedenstellend. Unerklärlich ist allerdings, warum der Test Facharbeiter und Facharbeiterinnen vs. Arbeiter und Arbeiterinnen so oft positiv ausgefallen ist.

Zur *Plausibilitätsprüfung* wurden die Informationen aus Teil B des Fragebogens verwendet und anhand von Daumenregeln und Informationen aus amtlichen und anderen Statistiken gültige Wertebereiche für Indizes festgelegt. Als großes Problem erwies sich dabei die Tatsache, daß Betriebe auch mit Verlust produzieren können. Theoretisch ist so beinahe jede Konstellation der erhobenen Daten zu erklären, insbesondere müßten für manche Indizes Wertebereiche bis über 100% zugelassen werden. Aber wo ist hier die obere Grenze? Oder m. a. W., kann es wirklich sein, daß die Personalkosten oder der Wareneinsatz oder die Summe aus beiden den Umsatz übersteigen? Und wenn ja, um wieviel?

Tabelle 5: Plausibilitätstests

Indizes	Plausibler Wertebereich	Anzahl der Angaben außerhalb		zum Vergleich: Bundesdurchschnittswerte
		vor Bereini-gung	nach Bereini-gung	
Umsatz pro Beschäftigten	[40–600] Tsd. DM	13	3	1989: 238 Tsd. DM ^a
Lohn pro Beschäftigten (ohne Arbeitgeberpflichtanteile zur Sozialversicherung)	[12–120] Tsd. DM	12	2	1989: 48 Tsd. DM ^a
Bruttoanlageinvestitionen pro Beschäftigten	[0–40] Tsd. DM	15	8	1989: 12 Tsd. DM ^b
Anteil der gesamten Personalkosten am Umsatz	[0–60] %	13	4	1988: 25,9% ^c (Anteil am Brutto-produktionswert ^d)
Anteil Wareneinsatz am Umsatz	[10–70] %	16	12	1988: 51,2% ^c (Anteil Materialver-brauch, Handelsware und Kosten für Lohnarbeiten am BPW)
Anteil Bruttoanlageinvestitionen am Umsatz	[0–50] %	5	1	1989: 5% ^b
Anteil Abschreibungen auf Sachanlagen am Umsatz	[0–20] %	6	0	1988: 3,9% ³ (Anteil Abschreibungen auf Sachanlagen am BPW)
Anteil der Kosten für Werbung, F&E und Marktforschung am Umsatz	[0–10] %	4	1	–
Anteil der Aufwendungen für Weiterbildungsmaßnahmen am Umsatz	[0–3] %	9	0	–
Anteil des an Beschäftigte ausgeschütteten Gewinns am Umsatz	[0–3] %	3	1	–
Umlaufvermögen – Lagerbestand insg.	> 0	11	10	–
Anteil der Abschreibungen an der Bilanzsumme	< 30%	3	3	–
Summe		110	45	

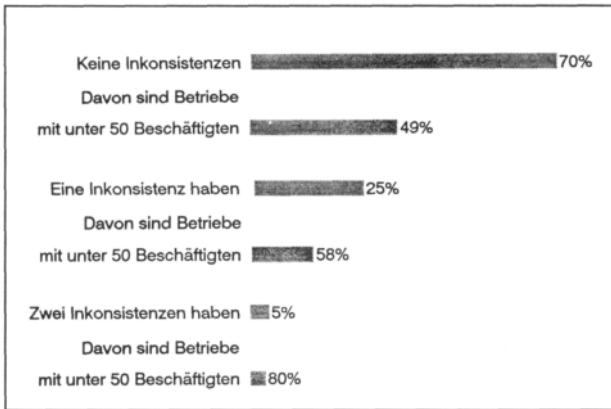
^a Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.4: Beschäftigung und Umsatz der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern

^b Quelle: Ifo-Spiegel der Wirtschaft 1990/91

^c Quelle: Statistisches Jahrbuch 1990; die Angaben sind berechnet für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ^d Die Größe „Bruttoproduktionswert“ wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendet und ist in etwa dem „betrieblichen Umsatz“ vergleichbar. Beim BPW handelt es sich im wesentlichen um Verkäufe von Waren und Diensten plus Lagerveränderungen

Das vorläufige Vorgehen bei der Definition von Indizes und plausiblen Wertebereichen und die Ergebnisse, die eine dahingehende Überprüfung der Daten brachte, sind in Tabelle 5 aufgelistet.

Abbildung 4: Verteilung inkonsistenter Angaben nach Betriebsgröße



Die 110 insgesamt gezählten unplausiblen Angaben entfallen auf weniger als die Hälfte der Betriebe (47 bzw. 46%). Mit 56% konzentriert sich dabei die größere Masse unplausibler Angaben bei den Kleinbetrieben mit unter 50 Beschäftigten (vgl. Abbildung 5). Bei den überprüften Angaben wiesen diese Betriebe bereits einen höheren Anteil an Antwortverweigerungen als Großbetriebe auf (vgl. Abbildung 2). Wird dies berücksichtigt und die Anzahl unplausibler Angaben pro Betriebsgrößenklasse mit dem jeweiligen Anteil fehlender Angaben gewichtet, so zeigen sich die Unterschiede noch deutlicher: 77% der unplausiblen Angaben sind dann bei den Kleinbetrieben mit unter 50 Beschäftigten zu finden.

Die Ausreißerfälle wurden genauer betrachtet, um eventuell Ursachen für die extrem hohen oder geringen Werte zu finden. Hier zeigte sich, zum einen unmittelbar anhand der jeweiligen Werte, zum anderen anhand der Fragebögen, daß es sich in fast allen Fällen um ein Einheitenproblem handelt. Umsatz, Wareneinsatz u.s.w. sollten in Tausend DM angegeben werden. Entweder war dies nicht deutlich genug im Fragebogen vermerkt oder den Auskunftspersonen waren eventuell vorzunehmende Umrechnungen zu aufwendig oder unmöglich. Tabelle 6 gibt über die Ursachen der entdeckten Unplausibilitäten Auskunft.

Tabelle 6: Ursachen unplausibler Werte

Fehlerursache	Trifft zu bei . . . Betrieben
Angaben zu Umsatz, Wareneinsatz, usw. erfolgten in DM statt Tausend DM	17
Angabe zu Umsatz erfolgte in Mio. DM statt Tausend DM	3
Umsatz um Faktor 10 zu gering angegeben (wegen der durchgestrichenen Null im Fragebogen gab es offensichtlich ein Umrechnungsproblem)	1
Personalkosten wurden pro Monat angegeben statt pro Jahr	2
Befragter Betrieb ist Tochtergesellschaft oder Zweigwerk eines Unternehmens und hat die überprüften Angaben für das gesamte Unternehmen gemacht	2
Erfassungsfehler, d. h. Ziffern wurden verdreht oder vertauscht	2

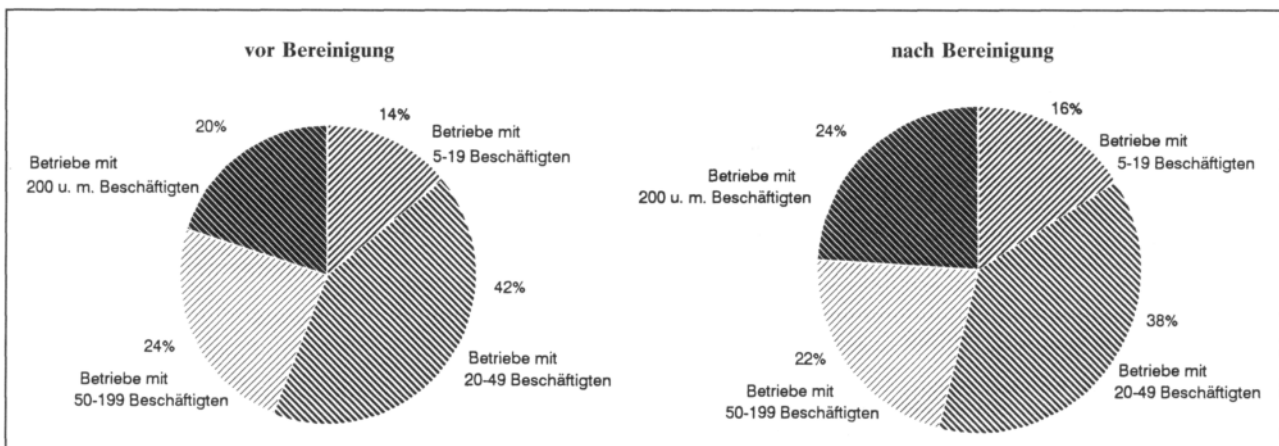
Entsprechende Bereinigungen und der generelle Ausschluß der zwei Fälle, die für das gesamte Unternehmen statt für den einzelnen Betrieb geantwortet haben, reduzierten dann die Anzahl der Unplausibilitäten von 110 auf 45. Weiterhin entfällt der größte Anteil der verbliebenen positiven Testergebnisse auf Kleinbetriebe (vgl. Abbildung 5).

4 Inhaltliche Auswertung der Pilotstudie – Beispiele

Die kleine Stichprobe von rund 100 Betrieben läßt keine repräsentativen Aussagen zu. So sind die in diesem Abschnitt vorgestellten Ergebnisse einfacher univariater Auswertungen zu den Themen „Fehlzeiten“ und „Innovationen und Exporte“ auch nicht zu interpretieren. Es handelt sich vielmehr um zwei Beispiele, die illustrieren sollen, welche Untersuchungsmöglichkeiten das Firmenpanel bereits auf der Querschnittsebene bieten wird. Die Längsschnittstruktur der Daten läßt dann noch erheblich weitergehende Analysen zu, in denen insbesondere der Zeitaspekt sowie die unbeobachtete Heterogenität der Betriebe berücksichtigt werden können.

Beide Auswertungen erfolgten anhand der in Abschnitt 3.2 beschriebenen bereinigten Version der Pilotstudien Daten (101 Fälle). Die in den folgenden Abschnitten genannten Prozentangaben beziehen sich immer auf die Gesamtzahl

Abbildung 5: Anteile der Betriebsgrößenklassen an der Anzahl unplausibler Angaben



der Betriebe, für die gültige Angaben zu den miteinander in Beziehung gesetzten Variablen vorliegen.

4.1 Fehlzeiten

Fehlzeiten sind für die bundesdeutsche Wirtschaft ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor. Im Jahr 1989 lag die durchschnittliche Fehlzeitquote westdeutscher Betriebe bei 7,9%. Allein für die Entgeltfortzahlung wurden ca. 44 Mrd. DM ausgegeben. Bereits Verringerungen der Fehlzeitquote um weniger als ein Prozent können sowohl gesamtwirtschaftlich als auch für den einzelnen Betrieb erhebliche Kosteneinsparungen bedeuten (vgl. Salowsky 1991).

Im Durchschnitt liegt der Krankenstand in unserem Sample bei 6,1%. Er differiert nach Betriebsgröße und ist mit 5,7% in mittleren Betrieben mit 50-199 Beschäftigten am geringsten.

In der themenspezifischen Literatur wird der Ausgestaltung der Arbeitszeit ein wesentlicher Einfluß auf den Krankenstand zugesprochen (vgl. Barmby/Treble 1991). Unsere Daten stehen hierzu nicht im Widerspruch. Betriebe, die Teilzeitarbeit anbieten (ca. 70%), haben mit 6% einen durchschnittlich um einen halben Prozentpunkt geringeren Krankenstand als solche, die nur Vollzeitbeschäftigte beschäftigen.

Die Motivation der Mitarbeiter ist ein weiterer Faktor, der den Krankenstand beeinflusst. Ein Mittel, die Motivation zu erhöhen und damit eventuell den Krankenstand zu senken, sind monetäre Anreizmechanismen. In unserem Sample ist für Betriebe einer ertragsabhängigen Gewinnbeteiligung (12%) eine geringere durchschnittliche Krankenstandsquote zu finden als für solche, die diesen Anreiz nicht bieten. Bei übertariflicher Entlohnung und einer mit der Betriebszugehörigkeitsdauer steigenden Entlohnung zeigt sich jedoch ein umgekehrtes Bild: Betriebe in unserem Sample, die so verfahren (81% bzw. 49%), haben im Durchschnitt einen höheren Krankenstand als ihre Konkurrenten, die nur Tarif zahlen bzw. Seniorität nicht entlohnen.

4.2 Innovationen und Exporte

Die Fähigkeit, neue und verbesserte Produkte auf in- und ausländischen Märkten anbieten zu können, spielt eine immer größere Rolle für den Erfolg von Unternehmen und damit auch für die Entwicklung von Beschäftigung und Wohlstand. In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird diese Fähigkeit insbesondere Großbetrieben zugeschrieben, sie gelten als innovativ und exportstark. Eine Bestätigung dieser Einschätzung ist jedoch in der amtlichen Statistik mangels geeigneter Daten nicht zu finden. Bei den von uns befragten Betrieben ergibt sich folgendes Bild: Mit 57% haben mehr als die Hälfte 1989 neue Produkte auf dem Markt eingeführt. Das Verhältnis von innovativen Betrieben zu nicht-innovativen steigt mit der Betriebsgröße von 31% bei Kleinbetrieben mit 5-19 Beschäftigten auf 83% bei Betrieben mit 200 und mehr Mitarbeitern.

Die durchschnittliche Exportquote beträgt in unserer Stichprobe 23%. Die Auswertung nach Betriebsgrößenklassen indiziert auch hier einen positiven Zusammenhang mit der Beschäftigtenzahl. Werden beide Aspekte, Innovationen und Exporte, zusammen betrachtet, so sind im betrachteten Sample die Innovatoren die erfolgreicheren Exporteure. Sie weisen eine durchschnittliche Exportquote

5 Konsequenzen

Wie die obigen Ausführungen zeigen, sind die an die Pilotstudie geknüpften Erwartungen erfüllt worden. Wir haben Informationen über die Teilnahmebereitschaft der Betriebe bekommen, über die Eignung von Fragebogen und Erhebungstechnik, über die Datenaufbereitung und die Datenqualität sowie über die Kosten pro befragter Firma⁴.

Im Hinblick auf die Tauglichkeit unseres Erhebungskonzepts handelt es sich dabei sowohl um positive als auch um negative Informationen. Positiv herauszustellen ist die gute Qualität der Daten. Die in Abschnitt 3.2 dargestellten Plausibilitäts- und Konsistenztests fallen nur zu einem sehr geringen Teil positiv aus. Die Fragen sind offensichtlich klar formuliert und können eindeutig beantwortet werden. Die auf den ersten Blick entdeckten Unplausibilitäten bei den „betriebswirtschaftlichen Kennziffern“ entpuppten sich als Einheitenproblem, das seine Ursache überwiegend in der Gestaltung des Fragebogens hat.

Ebenfalls positiv erwies sich die persönliche Ansprache der Zielpersonen durch Interviewer. Sie wirkt durchaus motivierend, an der Befragung teilzunehmen. Bei einer rein schriftlichen Erhebung wäre wahrscheinlich eine erheblich geringere Ausschöpfung erzielt worden.

Mit diesen erfreulichen Aspekten gehen aber auch zwei wesentliche Schwachpunkte unseres Befragungskonzepts einher:

- Die Zielsetzung der Erhebung wird den Betrieben nicht deutlich. Zum einen finden sich die Betriebe in vielen Fragestellungen nicht wieder. Zum anderen bleibt für sie unverständlich, wozu so detaillierte Angaben über ihre Kosten- und Erlössituation benötigt werden. Beide Punkte bewirken, daß insbesondere Klein- und Mittelbetriebe von einer Teilnahme an der Befragung abgeschreckt oder zumindest zu oberflächlichen und ungenauen Angaben verleitet werden.

- Der Fragebogen ist in der jetzigen Form zu lang, der Zeitaufwand zur Beantwortung ist zu hoch. Dies ist der zweite ausschlaggebende Grund, warum viele Betriebe ihre Teilnahme an der Befragung verweigerten.

Würden diese beiden Schwachpunkte beseitigt, könnte die Ausschöpfung sehr wahrscheinlich deutlich erhöht werden und darüber hinaus der Anteil der Antwortverweigerungen bei den Fragen zur Kosten- und Erlössituation gesenkt werden. Unter diesen Aspekten hat die Projektgruppe zusammen mit Infratest das bisherige Erhebungskonzept überarbeitet. Vorgesehen ist nun

- die Zielsetzung jeder Erhebungswelle deutlich erkennbar zu machen, indem jeweils ein für die Betriebe interessanter und einleuchtender Schwerpunkt gesetzt wird;
- das Fragenprogramm drastisch zu kürzen und den dadurch entstehenden Informationsverlust zu kompensieren, indem zwei Erhebungswellen pro Jahr durchgeführt werden;
- das Erhebungsverfahren so zu gestalten, daß in einem ersten Schritt Telefoninterviews von maximal 15 Minuten Dauer durchgeführt werden, in einem zweiten Schritt ein Fragebogen von maximal vier Seiten Umfang versandt wird.

Die Telefoninterviews sind computergestützt geplant. Das telefonische Befragungsverfahren weist gegenüber der bis-

⁴ Hierzu wollen wir an dieser Stelle nur soviel sagen: Es ist teuer.

herigen persönlichen Überbringung von Selbstausfüllfragebögen folgende Vorteile auf:

- Eine persönliche Ansprache der betrieblichen Zielpersonen ist gegeben. Es sind Erklärungen zum Forschungsvorhaben möglich, und „zögerliche“ Betriebe können u. U. positiv motiviert werden.
- Beim computergestützten Telefoninterview kann die Filterführung durch das Fragenprogramm betriebsindividuell gesteuert werden. Für den Betrieb nicht relevante Fragestellungen werden automatisch übersprungen. Der Eindruck vieler kleiner Betriebe, daß die meisten Fragestellungen für sie irrelevant sind und damit ihre Beteiligung an der Befragung überflüssig ist, kann bei einem solchen Telefoninterview gar nicht erst entstehen.
- Während des Interviews finden automatisch Konsistenzprüfungen statt. Unplausible oder inkonsistente Angaben können dann noch während der Befragung korrigiert werden. Auf diese Weise wird der üblicherweise nach Abschluß der Erhebung entstehende Prüfaufwand erheblich verringert. Nachfabikationen werden überflüssig, die Datenqualität wird allgemein verbessert.

Die kurze schriftliche Befragung dient der Erhebung solcher betrieblicher Strukturdaten, die während des Telefoninterviews nicht abgefragt werden können, weil sie einen Rückgriff auf Unterlagen oder betriebsinterne Recherchen erfordern. Der schriftliche Fragebogen soll in jeder zweiten Welle, also einmal pro Jahr, zum Einsatz kommen, so daß die Betriebe zeitlich nicht zu stark beansprucht werden.

Wir gehen davon aus, daß dieses neue Erhebungskonzept eine wesentlich höhere Ausschöpfung bringen wird. Gerade in Anbetracht der Langfristigkeit der geplanten Haupterhebung wollen wir jedoch kein Risiko eingehen und auch dieses Konzept in einem Testlauf überprüfen. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der ersten Erhebung wird Aufschluß darüber geben, welches Erhebungsverfahren das geeignetere ist bzw. ob das neue Konzept hält, was wir uns von ihm versprechen.

Literaturverzeichnis

- Autorengemeinschaft (1990): Zur Konzeption der Pilotstudie für das Firmenpanel „Produzieren in Niedersachsen und Europäischer Binnenmarkt“. Diskussionspapier Nr. 149, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hannover
- Barmby, T. A. / J. G. Treble (1991): Betriebliche Fehlzeiten und Arbeitsverträge. In: MittAB 3, S. 595-604
- Boeri, T. / U. Cramer (1991): Betriebliche Wachstumsprozesse: Eine statistische Analyse mit der Beschäftigtenstatistik 1977-1987. In: MittAB I, S. 70-80
- Diekmann, A. / P. Preisendörfer (1988): Turnover and Employment Stability in a Large West-German Company. In: European Sociological Review 4, S. 233-248
- Ertel, R., K. Gerlach / J. Wagner (Hrsg. 1990): Betriebsbefragungen. Bedeutung für wissenschaftliche Forschung und Politikberatung. NIW-Vortragsreihe, Band 5. Hannover
- Hanefeld, U. (1987): Das Sozio-ökonomische Panel. Grundlagen und Konzeption. Frankfurt/New York
- Köhler, C. / P. Preisendörfer (1988): Innerbetriebliche Arbeitsmarktsegmentation in Form von Stamm- und Randbelegschaften. In: MittAB 2, S. 266-277
- Oppenländer, K. H. / G. Poser (Hrsg. 1990): Handbuch der Ifo-Umfragen. Berlin/München
- Salowsky, H. (1991): Fehlzeiten: eine Bilanz nach 20 Jahren Lohnfortzahlungsgesetz. Köln
- Schmidt, Elke M. (1990): Dokumentation des Pretests zur Pilotstudie „Produzieren in Niedersachsen“. Arbeitspapier 1990, Nr. 1, Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung der Universität Hannover. Hannover
- Stephan, Gesine (1991): Fehlzeiten: Eine theoretische und empirische Untersuchung mit Individualdaten. In: MittAB 3, S. 583-594
- Wagner, J. (1990): Das Firmenpanel-Projekt „Produzieren in Niedersachsen“: Konzeption und Stand der Arbeiten im Herbst 1990. Antrittsvorlesung anlässlich der Habilitation für das Fachgebiet „Volkswirtschaftslehre“ am 12. November 1990, erschienen als Band 8 der Reihe: Vorträge im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Universität Hannover